

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung
(3. - öffentliche - Sitzung am 5. Februar 2018)

Beratungsthemen:

1. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Nachtragshaushalt“

Der Antrag auf Unterrichtung wurde im Hinblick auf die für den 15. Februar 2018 vorgesehene Mitberatung des Entwurfs des Nachtragshaushaltsgesetzes 2018 (vgl. TOP 6) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und der AfD abgelehnt.

2. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Erdgastransportmöglichkeiten über die Ukraine und NordStream 2“

Der Ausschuss beschloss einstimmig, in einer der nächsten Sitzungen eine Unterrichtung zu dem Thema entgegenzunehmen.

3. Unterrichtung der Landesregierung über das Beratungsverfahren im Bundesrat in EU-Angelegenheiten

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union

Bundratsdrucksache 707/17 - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt; COM-Nr.: (2017) 647 final

Der Ausschuss nahm die ergänzende Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. Vorstellung des Arbeitsprogramms und der Initiativen der Europäischen Kommission sowie Information über die anstehenden Entscheidungen zur Zukunft der EU durch den Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, Herrn Richard Kühnel

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch den Vertreter der Europäischen Kommission entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. Termine

Der Ausschuss kam zu Sitzungsbeginn überein, am 15. Februar 2018 in einer zusätzlichen Sitzung die Mitberatung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018) durchzuführen.

Im Hinblick auf eine Klausurtagung der Fraktion der Grünen verständigte sich der Ausschuss darauf, auf die für den 7. Juni 2018 vorgesehene Sitzung zu verzichten.

Ferner bereitete der Ausschuss eine parlamentarische Informationsreise nach Brüssel vor und fasste dafür den Zeitraum vom 5. bis zum 7. September 2018 ins Auge.

Außerhalb der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Zusammenarbeit mit den Königreich der Niederlande“

Der Ausschuss beschloss einstimmig, in der Sitzung am 22. Februar 2018 eine Unterrichtung zu dem Thema entgegenzunehmen.

Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten in Brüssel im März 2018“

Der Ausschuss beschloss einstimmig, in der Sitzung am 22. Februar 2018 eine Unterrichtung zu dem Thema entgegenzunehmen.